

Stiftung Opferhilfe Niedersachsen

- Geschäftsführung -

J a h r e s b e r i c h t 2 0 0 6

1. Organisation der regionalen Opferhilfefonds

Eine organisatorische Übersicht über die regionalen Opferhilfefonds befindet sich in der Anlage.

Im Jahr 2006 haben sich folgende organisatorischen Besonderheiten und Veränderungen ergeben:

In Göttingen schied die nur befristet eingestellte Dipl.-Pädagogin Ilka Pflugrad im April aus und die Aufgaben der Opferhelferin wurden in Fortführung der Elternzeitvertretung für die planmäßige Opferhelferin Imke Herlyn nach erfolgreicher Beendigung ihres dort und in Hildesheim absolvierten Berufspraktikums von Stefanie Behre übernommen.

Seit Dezember ist Frau Herlyn mit einer halben Stelle in das Opferhilfebüro zurück gekehrt und teilt sich die Arbeit mit Frau Behre, deren Anstellungsvertrag auf halbe Stundenzahl reduziert wurde.

In Hildesheim ist die planmäßige Opferhelferin Barbara Fischer im September aus der Elternzeit zurück gekehrt und ebenfalls mit halber Stundenzahl tätig. Sie teilt sich die Stelle mit ihrer Vertreterin Heike Ackmann, die zur Hälfte wieder in die Gerichtshilfe gewechselt ist.

In beiden Büros ist die Raumsituation allerdings unbefriedigend, da für die Mitarbeiterinnen nur jeweils ein Büro zur Verfügung steht.

Für die Einstellung einer Berufspraktikantin oder eines Berufspraktikanten standen wiederum Haushaltsmittel zur Verfügung. Eine in Braunschweig vorgesehene Einstellung konnte leider nicht realisiert werden. Dafür wurde in Aurich im Oktober die Berufspraktikantin Denise de With eingestellt, deren Vergütung aus Stiftungsmitteln finanziert wird.

2. Opferarbeit

Im vergangenen Jahr sind landesweit 1.552 Opfer in den regionalen Opferhilfebüros beraten oder betreut worden.

Das ist eine erneute Steigerung von rund 10 % gegenüber dem Vorjahr (1.413), wenn auch die Steigerungsrate niedriger ausfiel (im Vorjahr 20 %).

Die Entwicklung ist in den einzelnen Bezirken wiederum sehr unterschiedlich. Wie im Vorjahr ist eine überdurchschnittliche Steigerung (23 %) in Stade festzustellen. Dieser Bezirk ist Spitzenreiter mit 204 Opferfällen.

Eine überdurchschnittliche Zunahme ist auch in Aurich (38 %) und in Verden (21 %) zu beobachten. Beide Bezirke lagen mit den Opferzahlen bisher sehr niedrig und haben nunmehr die Grenze von 100 überschritten (116 bzw. 119). Diese beiden Regionen zeichnen sich durch eine große Weiträumigkeit und dünne Besiedlung aus.

Die unterschiedliche Entwicklung der Opferzahlen in den Bezirken liegt vor allem in der Netzwerkstruktur begründet, durch die Opfer auf die Büros aufmerksam gemacht werden. In manchen Gegenden werden z. B. von der Polizei kaum Opfer zugeführt, in anderen gibt es z. B. eine enge Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft, die die Opferhelfer auf Opfer aufmerksam macht.

An nur 397 Opfer wurden finanzielle Hilfen gewährt (rund 25 %). Damit zeigt sich weiterhin, dass bei der Beratung und Betreuung der Opfer in die Opferhilfebüros die finanzielle Hilfe nicht im Vordergrund steht (Vorjahr: 27 %).

Die Einzelheiten können der Jahresstatistik der Opferhilfebüros (s. Anlage) entnommen werden.

3. Finanzielle Ausstattung

Das Stiftungskapital beträgt nach wie vor 1 Mio. €, hinzu kommen freie Rücklagen in Höhe von 224.000,- €.

Der negative Trend auf der Einnahmeseite hat sich im Berichtsjahr erfreulicherweise gewendet. Die Bußgeldeinnahmen haben sich auf rund 508.000,- € erhöht (Vorjahr: rund 350.000,- €). Diese Entwicklung wird auch darauf zurück geführt, dass die Textausgaben Opfer- und Verletztenrechte, die mit Unterstützung der Stiftung Opferhilfe Niedersachsen erstellt und an alle Strafrichter und Staatsanwälte des Landes - teilweise persönlich von den Opferhelfern - verteilt worden sind (s. Vorjahresbericht).

Trotz gestiegener Opferzahlen waren die gezahlten Hilfen an Opfer rückläufig (rund 252.000,- € gegenüber 285.000,- € im Vorjahr).

Die Aufwendungen für Projektförderungen beliefen sich auf rund 49.000,- € und haben sich damit gegenüber dem Vorjahr auf etwa die Hälfte reduziert.

Durch diese Umstände übersteigen die Einnahmen die Ausgaben um rund 172.000,- (Vorjahr: 81.000,- € Defizit).

Die Details zu den Zahlen können der Gesamtjahresrechnung entnommen werden.

- s. Anlage -

4. Sonstiges (Besonderheiten, Schwerpunkte der Arbeit, Zielsetzungen)

In **Aurich** hebt der Opferhelfer hervor, dass es das erste Jahr ohne Büroumzug war, sodass die Arbeitskraft voll den originären Aufgaben – insbesondere der Netzwerkarbeit – gewidmet werden konnte.

Es erfolgt eine Teilnahme in vier Arbeitskreisen, Kontakt besteht zu 21 Netzwerkpartnern. Im Rahmen der Öffentlichkeits- bzw. Netzwerkarbeit hielt der Opferhelfer in vier Fällen einen Vortrag bzw. gab Informationen über die Arbeit der Stiftung.

In Norden war er aktiv in die Vorbereitung einer Ausstellung des Landeskriminalamtes Niedersachsen gegen Gewalt in Paarbeziehungen eingebunden, die im Januar 2007 mit Rahmenprogramm gezeigt werden soll.

Ein Schwerpunkt der Arbeit war auch die Begleitung von Opfern (vierzehn Mal zu Gerichtsterminen, achtmal zu Rechtsanwälten u.a.).

Seit Oktober leitet der Opferhelfer eine Berufspraktikantin an.

Zielsetzung für das kommende Jahr ist die Forcierung der Vernetzung und ein weiteres Bekanntwerden der Arbeit in der Öffentlichkeit.

In **Braunschweig** wurde neben der umfangreichen Opferarbeit intensiv Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit betrieben.

Zusammen mit der Geschäftsführung haben die Opferhelferin und ein Praktikant sich mit dem Präsentationsstand auf dem Landespräventionstag in Braunschweig dargestellt.

Anschließend wurde die Stellwand in der Eingangshalle der Polizeidirektion aufgebaut, wo sie eine Öffentlichkeitswirkung nicht nur für Bürger sondern auch bei Polizeibeamten entfaltet.

Seit September findet in Braunschweig eine mehrmonatige Ausstellung zum Thema Häusliche Gewalt statt, die vom Opferhilfebüro aktiv mit vorbereitet wurde und in deren Rahmenprogramm Anfang des Jahres 2007 zwei Informationsveranstaltungen durch die Opferhelferin angeboten werden.

Die Opferhelferin arbeitet in drei Arbeitskreisen mit und ist mit zahlreichen Organisationen vernetzt.

Im Oktober ist zusammen mit dem Opferhilfebüro Hildesheim eine Fortbildungsveranstaltung zum Opferentschädigungsgesetz zusammen mit dem Landessozialamt durchgeführt worden, die sich an alle Opferhelfer und Vorstände richtete.

In sechs Presseartikeln konnte sich das Opferhilfebüro – auch zu Sachthemen – darstellen. Mehrere Informationsveranstaltungen wurden für Schüler durchgeführt.

In verschiedenen Broschüren der Stadt Braunschweig wird das Opferhilfebüro als Anlaufstelle aufgeführt.

In **Bückeburg** ist die Opferhelferin Mitglied in drei Arbeitskreisen in Bückeburg und Stadthagen, in denen Vertreter von Kommunen, Polizei, Justiz, Kirchen, Schulen und zahlreichen freien Trägern zusammen kommen.

In der Öffentlichkeitsarbeit wurde die Opferhelferin bei der Teilnahme an zahlreichen Veranstaltungen durch die Mitglieder des regionalen Vorstandes unterstützt.

Sowohl vor privaten Vereinigungen als auch im Bildungsinstitut der Polizei hat die Opferhelferin die Arbeit der Stiftung vorgestellt, was u.a. eine Spende in Höhe von 250,- € eingebracht hat.

In zahlreichen Artikeln hat die örtliche Presse sich der Arbeit des Opferhilfebüros gewidmet.

Da der Opferhelferin besonders die Prozessbegleitung am Herzen liegt, hat sie in acht Modulen eine interdisziplinäre Weiterbildung zur sozialpädagogischen Prozessbegleiterin absolviert.

Trotz des kleinen Bezirks hat sie im Berichtsjahr 16 Opfer zu Gerichtsterminen begleitet.

Die Zusammenarbeit mit der Polizei wird punktuell und personenbezogen als sehr gut bezeichnet. Es fehlt aber die Selbstverständlichkeit, Opfer von Straftaten auf die Angebote der Opferhilfe hinzuweisen. Daran soll im kommen Jahr verstärkt gearbeitet werden.

In **Göttingen** wurde der zweifache Personalwechsel (s.o. unter 1.) für verstärkte Öffentlichkeitsarbeit (z.B. in der Presse) genutzt. Die Kontinuität der Arbeit hat unter dem Wechsel nicht gelitten, da Frau Behre bei ihrem Dienstantritt der Aufgabenbereich aus ihrer Praktikumsstätigkeit bereits bekannt war und sie nach der Rückkehr von Frau Herlyn weiterhin tätig geblieben ist.

Durch Ausbau des Netzwerkes wurde das Engagement in den Landkreisen Northeim, Duderstadt und Osterode verstärkt.

Das Opferhilfebüro nahm an verschiedenen Aktionen mit Netzwerkpartner teil, z.B. am Weltfrauentag und an der Aktionswoche zum Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen.

Die Opferhelferin beteiligte sich an Informationsständen und Vorträgen.

Im Oktober besuchte die Opferhelferin Jugendliche in der Justizvollzugsanstalt Rosdorf, stellte ihre Arbeit vor und erarbeitete mit den Straftätern die Situation der Opfer nach einer Straftat.

Die Zielsetzung für das Jahr 2007 ist eine Optimierung der Arbeit in der Aufteilung auf die beiden Mitarbeiterinnen und in der Zusammenarbeit mit dem Weißen Ring, wozu ein Treffen mit allen Außenstellenleitern des Bezirks geplant ist.

Auch in **Hannover** ist ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit die Pflege der Kontakte zu Netzwerkpartnern und Polizei.

Nach landesweiter Einführung der BISS-Stellen für Opfer häuslicher Gewalt, werden diese Opfer von der Polizei nur noch an diese Stellen verwiesen. Beim Opferhilfebüro melden sich nur noch gelegentlich Opfer häuslicher Gewalt, die keine polizeiliche Hilfe in Anspruch genommen haben. Die BISS-Stellen, die nur beraten, wenden sich in Fällen von finanziellem Hilfebedarf an das Opferhilfebüro.

In Kooperation mit dem Opferhilfebüro wurde vom Männerbüro in einer Gesamtschule vor dem 9. Jahrgang eine Theateraufführung zum Thema sexueller Missbrauch von Kindern veranstaltet.

Bis zum Mai wurde eine Berufspraktikantin angeleitet.

In **Hildesheim** hat die Arbeit unter einer krankheitsbedingten Abwesenheit der Opferhelferin von mehreren Monaten gelitten. Darauf beruht wahrscheinlich auch der Rückgang der Opferzahlen.

Nach Rückkehr aus der Elternzeit von Frau Fischer haben beide Opferhelferinnen gemeinsam die Kontaktpflege zu Netzwerkpartnern und Polizei intensiviert.

In Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern wurde die Ausstellung des Landeskriminalamtes zum Thema Gewalt in Paarbeziehungen präsentiert. Da es sich bei der Zielgruppe primär um Jugendliche handelte, wurden Führungen für Schulklassen angeboten.

Mit der Fachhochschule Hildesheim werden Kontakte gepflegt, was dazu führte, dass zwei Studierende sich im Rahmen ihrer Ausbildung an das Opferhilfebüro wandten.

Bis Mitte April wurde Stefanie Behre als Praktikantin angeleitet.

In **Lüneburg** nimmt die Opferhelferin an sieben Arbeitskreisen / Runden Tischen teil, in denen es vorwiegend um häusliche Gewalt geht. In Celle wurde vom Runden Tisch eine Fachtagung „Gegen häusliche Gewalt – mit BISS“ veranstaltet, auf der das Opferhilfebüro mit einem Informationsstand vertreten war.

In Lüneburg wurde vom Runden Tisch ein Handballbenefizspiel mit Spielerinnen der Bundesligamannschaft des Buxtehuder SV, der die Opferhelferin bis vor kurzem angehörte, und Fußballspielern des HSV veranstaltet. Er ergab einen Reingewinn von rund 6.000,- €, die von häuslicher Gewalt betroffenen Kindern zugute kommen sollen.

Die bereits mehrfach genannte Ausstellung des Landeskriminalamtes wurde auch hier unter Beteiligung des Opferhilfebüros gezeigt.

Die Opferhelferin hatte zudem Gelegenheit, auf Einladung verschiedener Behörden, Institutionen und Vereinen sowie regelmäßig in der Referendararbeitsgemeinschaft der Staatsanwaltschaft Lüneburg ihre Arbeit vorzustellen.

Im Berichtsjahr hat die Opferhelferin eine Weiterbildung zur Fachberaterin für Psycho-traumatologie begonnen, die voraussichtlich im Jahre 2007 mit einem Zertifikat abgeschlossen wird.

Die Arbeit des Opferhilfebüros ist von verschiedenen Organisationen durch finanzielle Unterstützung gewürdigt worden.

Von der Friedensstiftung Günter Manzke erhielt es einen Preis in Höhe von 1.000,- €, die Mascheski Foundation hat Unterstützung durch fallbezogene Spenden in Höhe von 2.000,- € geleistet, der Round Table sowie Lady Circle Lüneburg spendeten eine Reihe von Fachbüchern, die zur Selbsthilfe an Klienten ausgeliehen werden können.

Die Anleitung einer Gruppe von Frauen mit multipler Persönlichkeitsstörung kann von der Opferhelferin zeitlich nicht mehr geleistet werden. Das wird künftig durch eine externe Therapeutin auf Honorarbasis geschehen.

Eine Studierende der Fachhochschule Lüneburg absolviert im Opferhilfebüro ein über 18 Monate laufendes Projektpraktikum und arbeitet durchschnittlich vier Stunden in der Woche mit.

In **Oldenburg** wurde die Arbeit im Berichtsjahr durch eine Umstrukturierung der Organisation der Polizei und der übrigen Netzwerklandschaft beeinträchtigt. Die Zuständigkeit der Polizeidienststellen erstreckt sich teilweise auf die Bezirke mehrerer Opferhilfebüros, was zunächst zu Abstimmungsschwierigkeiten führte. Auf Grund des Rückgangs öffentlicher Förderungen mussten einige Netzwerkpartner personelle und strukturelle Veränderungen vornehmen oder ihre Arbeit sogar einstellen. Das erforderte eine Neuaufstellung der Netzwerkarbeit und die Bildung neuer Arbeitsgemeinschaften zum Thema Opferschutz.

Andererseits brachte die flächendeckende Einrichtung der BISS-Stellen (Beratung bei häuslicher Gewalt) eine Entlastung durch zurück gehende Opferzahlen. Von der Polizei wurden diese Opfer zuvor an das Opferhilfebüro verwiesen.

Erschwernisse in der Arbeit der Opferhelferin nach dem Umzug in eine neu eingerichtete Außenstelle der Staatsanwaltschaft konnten nach einem erneuten Raumwechsel behoben werden.

In einem aufsehen erregenden Opferfall, der in der Presse dargestellt wurde, gab es eine große Resonanz bei zahlreichen Bürgern, die dem Opfer durch Geldspenden helfen wollten. Die Koordination wurde vom Opferhilfebüro vorgenommen.

Im Berichtsjahr hat eine Studentin der Sozialwissenschaft für acht Wochen erfolgreich ein Blockpraktikum im Opferhilfebüro absolviert.

Ansonsten stellt sich die finanzielle Situation des regionalen Opferhilfefonds als notleidend dar. Von dieser Entwicklung sind aber auch freie Träger -insbesondere der Weiße Ring - betroffen, die kaum Bußgeldzuweisungen verzeichnen können. Verweisungen mehrerer Anträge auf Finanzhilfe an das Opferhilfebüro mussten wegen fehlender Mittel abgelehnt werden.

Auch in **Osnabrück** werden im Rahmen der Netzwerkarbeit umfangreiche Kontakte gepflegt (Behörden, Kommunen, Beratungsstellen, Frauen-, Mädchen- und Kinderschutzhäuser, runde Tische, Therapeuten, Rechtsanwälte). Regelmäßige Kontakte bestehen insbesondere zum Landgericht und zu den Amtsgerichten sowie zur Staatsanwaltschaft, wo z.B. mit der Gerichtshilfe wöchentlich Dienstbesprechungen stattfinden. Wahrscheinlich ist auf diese Kontakte und das große Engagement des Regionalvorsitzenden zurück zu führen, dass die Bußgeldeinnahmen im Bezirk mit Abstand die der anderen Bezirke überragen und rund 26 % der Gesamteinnahmen ausmachen.

Für vier Monate wurde eine Anerkennungspraktikantin angeleitet, sieben Monate hat ein Studierender ein freiwilliges sowie ein von der Fachhochschule vorgegebenes Praktikum abgeleistet.

Für 2007 ist geplant, die Öffentlichkeitsarbeit auszuweiten (Presse, Rundfunk) sowie regelmäßig die Arbeit in der Dezentralenrunde der Staatsanwaltschaft und der Referendararbeitsgemeinschaft vorzustellen.

In **Stade** wird das Netzwerk im gesamten Landgerichtsbezirk intensiv gepflegt, insbesondere in Arbeitskreisen gegen häusliche Gewalt und sexuellen Missbrauch, mit den Polizeidienst-

stellen, Schulen und Frauenbeauftragten. Die Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft und Gerichten konnte deutlich verbessert werden, was zur Folge hatte, dass die Nachfragen hinsichtlich der Betreuung oder Begleitung von Opfern zugenommen hat.

Auffällig ist, dass – mit Ausnahme von Aurich, dort allerdings bei niedrigeren Fallzahlen – der Anteil der Opfer aus auswärtigen Amtsgerichtsbezirken weitaus höher ist als aus dem Amtsgerichtsbezirk Stade.

Seit Sommer findet in Harsefeld einmal im Monat eine Außensprechstunde statt.

In einem Projekt für Stalkingopfer, das in Zusammenarbeit mit dem Opferhilfebüro durchgeführt wird, treffen sich die Teilnehmer weiterhin in einer Selbsthilfegruppe, die gut frequentiert wird.

In einer öffentlichen Vortrags- und Informationsveranstaltung, die sich an ältere Menschen richtete, wurde das Thema „Ältere Menschen als Opfer von Straftaten“ behandelt.

In **Verden** ist die gestiegene Zahl der betreuten Opfer auf die intensive Netzwerkarbeit des Opferhelfers zurück zu führen. Insbesondere nach der Vorstellung seiner Arbeit in Dienstbesprechungen mehrerer Polizeidienststellen hat sich die Zuführung von Opfern durch die Polizei deutlich vermehrt. Die meisten Opfer werden durch Gerichte und Staatsanwaltschaft auf das Opferhilfebüro aufmerksam gemacht. Hier werden regelmäßig neue Dezernenten der Staatsanwaltschaft angesprochen und wurden wiederholt Vorträge in der Referendararbeitsgemeinschaft, bei Rechtspflegeranwärtern und in der Dienstbesprechung der Bewährungshelfer gehalten.

Mehrere Schüler verschiedener Schulen haben Praktika im Opferhilfebüro absolviert.

Bei einer Studie des Fachbereichs Kriminologie der Universität Bremen hat der Opferhelfer mitgewirkt. Außerdem gab es ein Presseinterview, was zu einer größeren Darstellung seiner Arbeit in der Lokalzeitung geführt hat.

Der Opferhelfer ist Mitglied in verschiedenen Runden Tischen gegen Häusliche Gewalt und für Opferhilfe in den Landkreisen Verden, Diepholz, Nienburg, Soltau-Fallingb. sowie im Präventionsrat der Stadt Verden.

Die Zusammenarbeit mit dem Weißen Ring in Opferfällen konnte intensiviert werden, sodass mehrfach ein vor Ort individuell abgestimmtes Beratungs- und Hilfeangebot unterbreitet und umgesetzt werden konnte.

Für das Jahr 2007 ist eine Vortrags- und Informationsveranstaltung zum Thema „Ältere Menschen als Opfer von Straftaten“ geplant. Außerdem laufen bereits Gespräche mit der Polizei und dem Weißen Ring zur Errichtung einer Selbsthilfegruppe für Stalking-Opfer.

Die **Zentralstiftung** hat sich weiterhin um überregionale Öffentlichkeitsarbeit bemüht. So war die Stiftung Opferhilfe wiederum mit einem Präsentationsstand im Mai auf dem Deutschen Präventionstag in Nürnberg und im September auf dem Niedersächsischen Präventionstag in Braunschweig vertreten.

Auf Anfrage wurde die Stiftung in einem Landtagsausschuss des Landes Sachsen-Anhalt vorgestellt, wo es Überlegungen zur Errichtung einer ähnlichen Stiftung gibt.

Auf dem alljährlich statt findenden Workshop wurde als Schwerpunktthema „Gewalt im Namen der Ehre“ behandelt, wobei Hintergründe und Auswirkungen aus Sicht der Täter und der Opfer von Experten dargestellt wurden.

Die Stiftung war weiterhin im Projekt JustuS des Niedersächsischen Justizministeriums beteiligt, das sich mit einer Reform der ambulanten sozialen Dienste der Justiz befasst. Hier arbeiten mehrere Opferhelfer in Projektgruppen und der Geschäftsführer im Beirat mit.

Außerdem wurde die Geschäftsführung seitens des Justizministeriums als Verbandsbeteiligter zum Entwurf eines niedersächsischen Justizvollzugsgesetzes angehört.

In den Jahren 2005 und 2006 wurde von der Medizinischen Hochschule Hannover ein Projekt „Update Traumatherapie“ durchgeführt, das von der Stiftung im Rahmen der Projekt-

förderung mitfinanziert worden ist. Dieses richtete sich als Fortbildungsangebot an Psychotherapeuten, denen die Teilnahmegebühren bezuschusst wurden, wenn Sie bereit waren sich in eine Liste der Stiftung aufnehmen zu lassen.

Ob diese Maßnahme zu einer Verkürzung der Wartezeiten bei kassenzugelassenen Therapeuten führen wird, bleibt abzuwarten.

Celle, den 12.04.2007

(N a u j o k)
Oberstaatsanwalt
als Geschäftsführer